

4. die Bodengestalt, einschließlich der Wasserfläche, zu verändern, insbesondere Bodenbestandteile zu entnehmen oder aufzuschütten, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen;
5. grundwassergefährdende Stoffe (insbesondere Öl, Treibstoff, Fäkalien usw.) einzuleiten oder einzubringen, Wasser zu entnehmen, Abfälle, Müll und Schutt aller Art abzulagern bzw. wegzuworfen, Autowracks abzustellen oder die Landschaft auf sonstige Weise zu verunreinigen;
6. Bild- oder Schrifttafeln (z. B. Reklameschilder) sowie Plakate anzubringen, soweit sie nicht auf den Schutz des Gebietes hinweisen;
7. Baumaßnahmen vorzunehmen, auch solche, die keiner bauaufsichtlichen Genehmigung oder Bauanzeige bedürfen, sowie Freileitungen und Versorgungsanlagen aller Art zu errichten.

§ 4

Im Bereich des Naturschutzgebietes sind auch folgende — dem Schutz und der Erhaltung des Gebietes zuwiderlaufende — Handlungen verboten:

1. Freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu belästigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten, Puppen, Larven, Eier oder Nester und sonstige Brutstätten und Bauten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;
2. Säugetiere und Vögel an ihren Bauten und Brutstätten zu fotografieren oder zu filmen;
3. Tiere oder Pflanzen einzubringen;
4. die Jagd auszuüben, Sportfischerei von der Halbinsel und den Inseln aus in der Zeit vom 16. März bis 15. August auszuüben;
5. mit Kraftfahrzeugen zu fahren und Kraftfahrzeuge zu parken;
6. Zelte und Wohnwagen aufzustellen;
7. den an der oberen Böschungskante entlang führenden Pfad zu verlassen;
8. zu lagern, zu lärmern oder Feuer anzuzünden;
9. Hunde unangeleint laufen zu lassen;
10. zu baden oder mit Wasserfahrzeugen jeglicher Art zu fahren.

§ 5

(1) Werden in dem Naturschutzgebiet Veränderungen gemäß § 3 oder Handlungen gemäß § 4 vorgenommen, die im Widerspruch zu den Vorschriften dieser Verordnung bzw. zu erteilten Ausnahmegenehmigungen, einschließlich Bedingungen und Auflagen, stehen, so kann der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt auf Kosten der Betroffenen die teilweise oder völlige Wiederherstellung des früheren Zustandes verlangen.

(2) Bei Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandene Beeinträchtigungen im Sinne von § 3 oder § 4 sind auf Anordnung des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt zu beseitigen oder zu mildern, wenn dies den Betroffenen zumutbar und ohne größere Aufwendungen möglich ist: behördlich genehmigte Anlagen werden hierdurch nicht berührt.

§ 6

(1) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt die in dem Schutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben die dem Schutz und der Erhaltung des Gebietes dienenden Maßnahmen zu dulden.

§ 7

(1) Ausgenommen von den Verboten der §§ 3 und 4 bleiben:

1. die dem Schutz und der Erhaltung des Gebietes dienenden Maßnahmen;
 2. die der wissenschaftlichen Forschung dienenden Maßnahmen.
- (2) Ausgenommen von den Verboten des § 4 Nrn. 1 und 4 bleiben ferner solche Maßnahmen, die der geordneten Bekämpfung von Rabenkrähen, Elstern, Eichelhähern, Haus-

und Feldsperlingen sowie von Haustauben in verwildertem Zustand dienen. Unberührt hiervon bleiben die Vorschriften des § 4 Abs. 2, 3 und 4 der Verordnung zur Ausführung des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 10. Juli 1968 (GVBl. I S. 199).

§ 8

(1) Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt kann auf Antrag nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt sowie der Vogelschutzbehörde für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland in besonderen Fällen Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

(2) Ausnahmegenehmigungen können auf Widerruf erteilt werden und sind mit Auflagen zu versehen, wenn der Schutz oder die Erhaltung des Gebietes es erfordert.

(3) Ausnahmegenehmigungen ersetzen nicht nach anderen Vorschriften etwa erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. ä.

§ 9

(1) Wer ohne Ausnahmegenehmigung nach § 8 vorsätzlich in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vornimmt, wird nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bestraft, soweit die Zuwiderhandlungen nicht nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht sind.

(2) Wer die in Absatz 1 genannten, mit Strafe bedrohten Handlungen fahrlässig begeht bzw. vorsätzlich oder fahrlässig der in § 6 Abs. 1 genannten Meldepflicht nicht nachkommt, handelt ordnungswidrig gemäß § 21 a Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes bzw. § 15 Nr. 1 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz.

(3) Wer ohne Ausnahmegenehmigung nach § 8 den Vorschriften des § 4 zuwiderhandelt, handelt ordnungswidrig gemäß § 21 a Abs. 3 des Reichsnaturschutzgesetzes.

(4) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die örtlich zuständige untere Naturschutzbehörde (§ 21 a Abs. 4 des Reichsnaturschutzgesetzes).

§ 10

Nach § 22 des Reichsnaturschutzgesetzes können Gegenstände, auf die sich eine Straftat nach § 21 oder eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 a bezieht, eingezogen werden. § 40 a des Strafgesetzbuches und § 19 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind anzuwenden.

§ 11

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staats-Anzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 14. 1. 1972

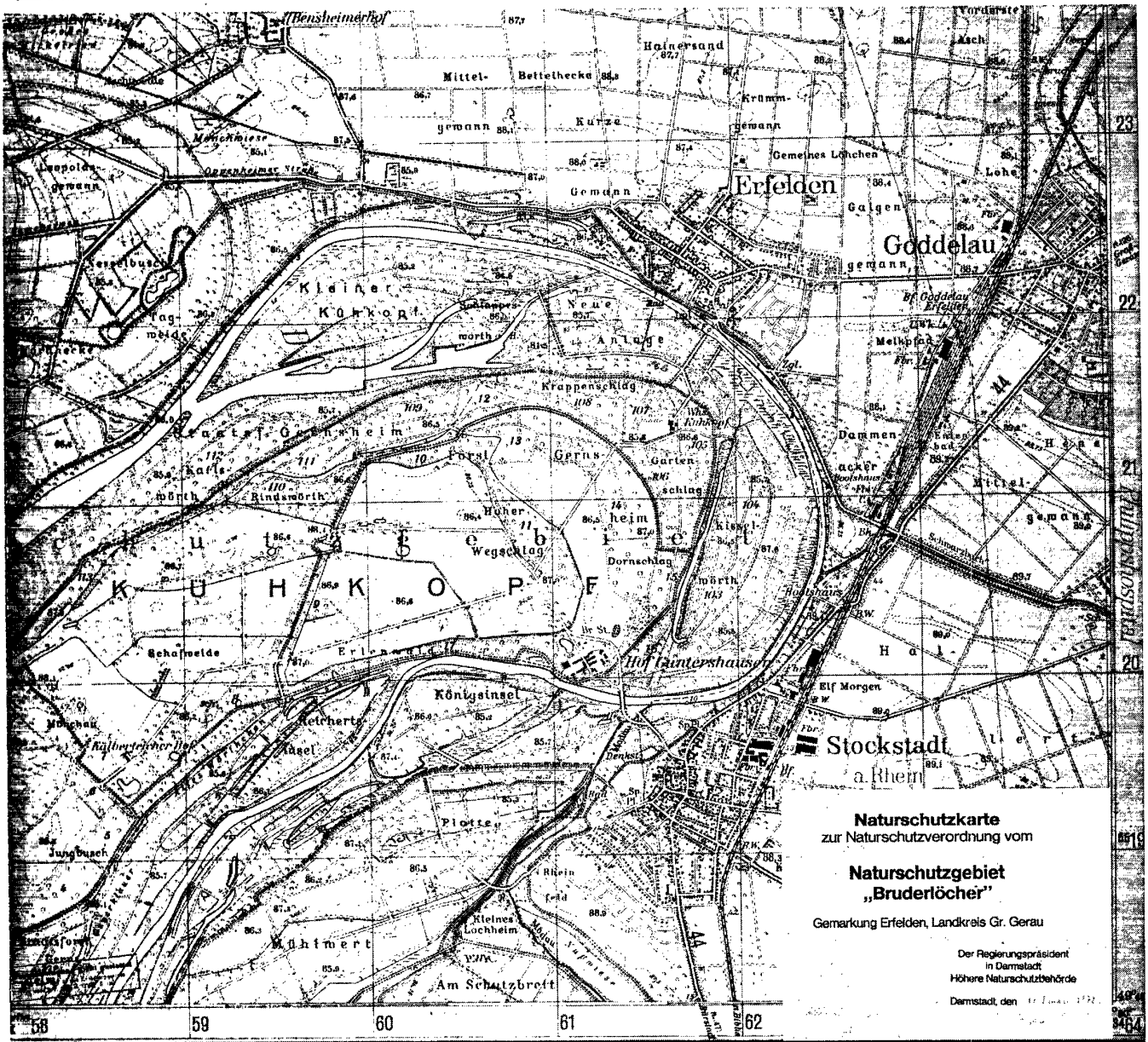
Der Regierungspräsident
— höhere Naturschutzbehörde —
VII/9 — 46 d 04/01 H 2
gez. Dr. Wierscher

St.Anz. 5/1972 S. 247

164

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bruderlöcher“, Gemarkung Erfelden, Landkreis Groß-Gerau

Auf Grund der §§ 1 und 4, des § 12 Abs. 2, des § 13 Abs. 2, des § 15 und des § 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch das Hessische Gesetz zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) und das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG) vom 5. Oktober 1970 (GVBl. I S. 598), sowie des § 6 Abs. 3 und 4, des § 7 Abs. 1 und 5 und des § 9 Abs. 1 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch das Hessische Gesetz zur Anpassung der Straf- und Bußgeldvorschriften an das OWiG und das EGOWiG und durch das Gesetz über die Verkündung von Rechtsverordnungen, Organisationsanordnungen und Anstaltsverordnungen vom 2. November 1971 (GVBl. I S. 258), in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159) wird mit Zustimmung des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt — oberste Naturschutzbehörde — verordnet:



§ 1

Das in § 2 näher bezeichnete Gebiet wird am Tage nach der Verkündung dieser Verordnung im Staats-Anzeiger für das Land Hessen in das Naturschutzbuch des Landes Hessen eingetragen und damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

§ 2

(1) Das Naturschutzgebiet hat eine Fläche von 15,14 ha und umfaßt in der Gemarkung Erfelden, Landkreis Groß-Gerau, folgende Grundstücke:

Flur 8, Parzellen Nrn. 20, 21, 22, 23, 43, 44, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 63, 64, 65, 66, 67, 70 und 71.

(2) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in einer als Bestandteil zu dieser Verordnung gehörenden topographischen Karte im Maßstab 1 : 10 000 rot eingetragen.

(3) Die in Absatz 2 genannte Karte und die Naturschutzgebietsverordnung sind bei dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt — oberste Naturschutzbehörde — in Wiesbaden hinterlegt. Weitere Ausfertigungen dieser Unterlagen befinden sich bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — höhere Naturschutzbehörde —, bei dem Bezirksbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege, bei dem

Kreisausschuß des Landkreises Groß-Gerau — untere Naturschutzbehörde — und bei der Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland in Frankfurt a. M.-Fechenheim.

§ 3

(1) Im Bereich des Naturschutzgebietes ist es verboten, Veränderungen vorzunehmen.

(2) Insbesondere ist verboten:

1. Pflanzen zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzuschneiden oder abzureißen;
2. Flächen aufzuforsten oder Wiesen und Weiden in eine andere Nutzungsart umzuwandeln;
3. Hecken, lebende Zäune, Feldgehölze oder -gebüsche und markante Einzelbäume oder Baumgruppen zu beseitigen oder zu beschädigen;
4. die Bodengestalt, einschließlich der Wasserflächen, zu verändern, insbesondere Bodenbestandteile zu entnehmen oder aufzuschütten, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen;
5. grundwassergefährdende Stoffe (insbesondere Öl, Treibstoff, Fäkalien, Müll usw.) in die Grundwasserteiche einzuleiten oder einzubringen, sowie Wasser zu entnehmen, Abfälle, Müll und Schutt aller Art abzulagern bzw. wegzuworfen und Autowracks abzustellen;

6. Bild- oder Schrifttafeln (z. B. Reklameschilder) sowie Plakate anzubringen, soweit sie nicht auf den Schutz des Naturschutzgebietes hinweisen;
7. Grundstückseinfriedigungen zu errichten;
8. Baumaßnahmen aller Art vorzunehmen, auch wenn sie keiner bauaufsichtlichen Genehmigung oder Bauanzeige bedürfen, sowie Freileitungen und Versorgungsanlagen zu errichten; ausgenommen ist die Errichtung von Vogel- und Wildfütterungen.

§ 4

Im Bereich des Naturschutzgebietes sind auch folgende — dem Schutz und der Erhaltung des Gebietes zuwiderlaufende — Handlungen verboten:

1. Freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten, Puppen, Larven, Eier oder Nester und sonstige Brutstätten und Bauten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;
2. Säugetiere und Vögel an ihren Bauten und Brutstätten zu fotografieren oder zu filmen;
3. Tiere oder Pflanzen einzubringen;
4. in der Zeit vom 1. November bis 31. März Wasserwild zu jagen;
5. außerhalb der für den allgemeinen Verkehr zugelassenen Wege und Plätze mit Kraftfahrzeugen aller Art zu fahren und Kraftfahrzeuge zu parken, mit Ausnahme des land- und forstwirtschaftlichen Verkehrs;
6. Kraftfahrzeuge zu waschen und zu pflegen;
7. zu lagern, zu baden, Zelte oder Wohnwagen aufzustellen;
8. die Wege und Dämme zu verlassen, Feuer anzuzünden oder zu lärmern;
9. Hunde unangeleint laufen zu lassen;
10. Pestizide anzuwenden.

§ 5

(1) Werden in dem Naturschutzgebiet Veränderungen gemäß § 3 oder Handlungen gemäß § 4 vorgenommen, die im Widerspruch zu den Vorschriften dieser Verordnung bzw. zu erteilten Ausnahmegenehmigungen, einschließlich Bedingungen und Auflagen, stehen, so kann der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt auf Kosten der Betroffenen die teilweise oder völlige Wiederherstellung des früheren Zustandes verlangen.

(2) Bei Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandene Beeinträchtigungen im Sinne von § 3 oder § 4 sind auf Anordnung des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt zu beseitigen oder zu mildern, wenn dies den Betroffenen zuzumuten und ohne größere Aufwendungen möglich ist; behördlich genehmigte Anlagen werden hierdurch nicht berührt.

§ 6

(1) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben die dem Schutz und der Erhaltung des Gebietes dienenden Maßnahmen zu dulden.

§ 7

(1) Ausgenommen von den Verboten der §§ 3 und 4 bleiben

1. die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung des Grund und Bodens, sofern dadurch die Nutzungsart nicht geändert wird;
2. die forstliche Bewirtschaftung des Grund und Bodens nach Maßgabe des Hessischen Forstgesetzes einschließlich der vorübergehenden Aufstellung hierzu erforderlicher Arbeits- und Forsthütten;
3. die dem Schutz und der Erhaltung des Gebietes dienenden Maßnahmen;
4. die rechtmäßige Ausübung der Jagd und Fischerei;
5. die der wissenschaftlichen Forschung dienenden Maßnahmen.

(2) Ausgenommen von den Verboten des § 4 Nr. 1 bleiben ferner solche Maßnahmen, die der geordneten Bekämpfung von Rabenkrähen, Elstern, Eichelhähern, Haus- und Feldsperr-

lingen sowie von Haustauben in verwildertem Zustand dienen. Unberührt hiervon bleiben die Vorschriften des § 4 Abs. 2, 3 und 4 der Verordnung zur Ausführung des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 10. Juli 1968 (GVBl. I S. 199).

§ 8

(1) Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt kann auf Antrag nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt sowie der Vogelschutzwerke für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland in besonderen Fällen Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

(2) Ausnahmegenehmigungen können auf Widerruf erteilt werden und sind mit Auflagen zu versehen, wenn der Schutz oder die Erhaltung des Gebietes es erfordert.

(3) Ausnahmegenehmigungen ersetzen nicht nach anderen Vorschriften etwa erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. ä.

§ 9

(1) Wer ohne Ausnahmegenehmigung nach § 8 vorsätzlich in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vornimmt, wird nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bestraft, soweit die Zuwiderhandlungen nicht nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht sind.

(2) Wer die in Absatz 1 genannten, mit Strafe bedrohten Handlungen fahrlässig begeht bzw. vorsätzlich oder fahrlässig der in § 6 Absatz 1 genannten Meldepflicht nicht nachkommt, handelt ordnungswidrig gemäß § 21 a Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes bzw. § 15 Nr. 1 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz.

(3) Wer ohne Ausnahmegenehmigung nach § 8 den Vorschriften des § 4 zuwiderhandelt, handelt ordnungswidrig gemäß § 21 a Abs. 3 des Reichsnaturschutzgesetzes.

(4) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die örtlich zuständige untere Naturschutzbehörde (§ 21 a Abs. 4 des Reichsnaturschutzgesetzes).

§ 10

Nach § 22 des Reichsnaturschutzgesetzes können Gegenstände, auf die sich eine Straftat nach § 21 oder eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 a bezieht, eingezogen werden. § 40 a des Strafgesetzbuches und § 19 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind anzuwenden.

§ 11

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staats-Anzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 14. 1. 1972

Der Regierungspräsident
— **Höhere Naturschutzbehörde** —
VII/9 — 46 d 04/01 B 2
gez. Dr. Wierscher
StAnz. 5/1972 S. 248

165

Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt/Main

Die Firma Farbwerke Hoechst AG, 6230 Frankfurt/Main 80, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zur Erweiterung der Methanchlorierung um eine Rückstandsaufarbeitung im Gebäude C 418 mit Meßhaus C 417, auf ihrem Grundstück in Frankfurt/Main-Höchst, Flur 23, Flurstück 1, Grundbuch Gemarkung Höchst, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 16 Abs. 1 der Gewerbeordnung (GewO) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der VO über die Zuständigkeit nach den §§ 16, 25 GewO vom 20. 9. 1960 (GVBl. S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 17 Abs. (2) GewO i. V. m. § 16 Ziffer (2) der HessAusf.-Verordnung zur GewO vom 20. 3. 1912 (Reg.Bl. S. 48) wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von vierzehn Tagen nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen. Nach Ablauf der Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310 a, zur Einsicht offen.

Darmstadt, 17. 1. 1972

Der Regierungspräsident
IV/5 — 53 e 201 — FWH — (139)
StAnz. 5/1972 S. 250

pel, Niestetal-Heiligenrode (20. 5. 1974);
 zum **Studienrat (BaL)** Studienrat z. A. (BaP) Karl-Heinz Rother, Baunatal (6. 5. 1974);
 zum **Realschullehrer (BaL)** Realschullehrer z. A. (BaP) Gerd Ebbach, Stadt Allendorf (6. 4. 1974);
 zu **Lehrern/-innen (BaL)** die Lehrer/-innen z. A. (BaP) Roswitha Schick, Hilders (6. 5. 1974), Sabine Anselmann-Seydler, Kassel (2. 5. 1974), Brigitte Bergholter, Kassel (26. 4. 1974), Adolf Tabaka, Kassel (1. 2. 1974), Christine Schrod, Kassel (1. 2. 1974), Doris Emden-Weinert, Künzell (7. 5. 1974), Jutta Barchfeld, Baunatal 1 (30. 4. 1974), Ursula Jaene, Melsungen (8. 5. 1974), Theo Wolf, Wahlsburg (16. 5. 1974), Gertrud Bachmann, Grebenstein (16. 5. 1974), Waltraud Redler, Emstal (13. 5. 1974), Erich Schwarz, Fulda (21. 5. 1974), Ingeborg Weßler, Petersberg (17. 5. 1974), Wolfgang Gramm, Großenlüder (21. 5. 1974), Heinrich Heintzmann, Gemünden (29. 5. 1974), Josef Simon, Ringgau-Röhrda (27. 5. 1974), Helga Wedler, Wehretal 1, Dagmar Naumann, Wehretal, Paul Linkenbach, Wehretal, (sämtlich 21. 5. 1974), Gisela Müller, Künzell-Pilgerzell (30. 5. 1974), Karin Böhme, Waldeck (24. 5. 1974);
 zur **Lehrerin** Lehrerin z. A. (BaP) Dörte Herrmann, Kassel (26. 4. 1974);
 zu **Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer (BaL)** die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Christiane Lohse-Schreiter, Felsberg (7. 5. 1974), Ilse Otter, Heimboldshausen (17. 5. 1974);
 zum **Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaL)** Fachlehrer für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Peter Block, Marburg a. d. L. (27. 5. 1974);
 zur **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer** Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Eva-Maria Herzig, Fulda (8. 5. 1974);
 zu **Lehrerinnen z. A. (BaP)** Maria-Anna Lammers, Marburg a. d. L. (29. 4. 1974), Christel Wadzinski, Melsungen (7. 5. 1974);
 zum **apl. Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaW)** Horst Otto, Frankenuau (25. 4. 1974);
 zur **apl. Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaW)** Eva Bachmann, Herleshausen (3. 5. 1974);
 zum **Lehramtsreferendar (BaW)** Bernd Keller, Witzenhäusen (15. 5. 1974);
 zur **Lehramtsreferendarin (BaW)** Gunhild Lange, Witzenhäusen (15. 5. 1974);
 zu **Lehrern/-Innen z. A. (BaP)** die apl. Lehrer/-innen (BaW) Johannes Hunold, Petersberg (7. 5. 1974), Ronald Gutberlet, Willingen (3. 5. 1974), Heinzpeter Stöckl, Baunatal 1 (29. 4. 1974), Sigrid Weber, Baunatal 1 (7. 5. 1974), Angela Landgrebe, Großalmerode (14. 5. 1974), Lothar Meiß, Baunatal 4 (29. 4. 1974), Brunhild Hill, Kaufungen 1 (9. 5. 1974), Gerd Ludwig, Fuldabrück (26. 4. 1974), Manfred Keil, Neuohf (14. 5. 1974), Carmen Dupius, Vellmar 2 (26. 4. 1974), Reinhard Germann, Großenlüder (14. 5. 1974), Christiane Schwab, Wahlsburg (15. 5. 1974), Norbert Dietrich, Bad Hersfeld (17. 5. 1974), Heidrun Homayounfar, Großalmerode (16. 5. 1974), Tatjana Tarnowski, Niederwalgern (17. 5. 1974), Irmgard Störmer, Emstal (20. 5. 1974), Heinz-Werner Koch, Wahlsburg (20. 5. 1974);
 zum **Fachlehrer für musisch-technische Fächer z. A. (BaP)** apl. Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaW) Gerrot Piringner, Hünfeld (10. 5. 1974);
 zur **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP)** apl. Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaW) Sigrid Strasdeit, Schwalmstadt 2 (27. 5. 1974);

zu **Lehrern/-innen z. A. (BaP)** apl. Lehrer/-innen (BaW) Joachim Repp, Homberg (24. 5. 1974), Ruth Hagemann, Stadt Allendorf (25. 5. 1974), Heinz-Jürgen Hochbein, Emstal, Bettina Funke, Baunatal, Horstfried Szustak, Neustadt, Ute Bickel, Stadt Allendorf (sämtlich 27. 5. 1974), Hans Jung, Petersberg (2. 5. 1974), Gerhard Lindner, Bad Salzschlirf, Brigitte Neumann, Fulda, Ingrid Metzler, Ludwigsau (sämtlich 30. 5. 1974), Leo Fritschner, Hünfeld (29. 5. 1974);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
 die Lehrerinnen (BaP) Elisabeth Wehner, Hilders (28. 5. 1974), Angelika Schwab, Petersberg, Christa Riek, Großsöelheim, Monika Bühner, Kirchhain-Niederwald (sämtlich 27. 5. 1974), die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer (BaP) Irmtraud Mönkeberg, Korbach (2. 5. 1974), Isolde Posch, Spangenberg (27. 4. 1974), Renate Kemnade, Großalmerode (9. 5. 1974), Ingrid Pliagas, Kassel (21. 5. 1974), der Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BP) Peter Hanka, Petersberg (28. 5. 1974);

versetzt:

von Baden-Württemberg die Lehrerin (BaL) Dorothea Zilg, Bürgeln, Lk Marburg (1. 3. 1974);

in den Ruhestand versetzt:

Realschullehrer Erwin Hahn, Marburg a. d. L. (1. 2. 1974), Lehrerin Ruth Trusheim, Marburg a. d. L. (1. 5. 1974);

entlassen:

Lehrerin z. A. Christa Görner, Stadt Allendorf (1. 6. 1974).

Kassel, 10. 6. 1974

Der Regierungspräsident

P 1 — 7 o 16 03 B

StAnz. 27/1974 S. 1205

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zu **Gewerberäten (BaL)** die Gewerberäte z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Heinz Liebeskind, TÜA Frankfurt M. (30. 4. 1974), Dipl.-Ing. Manfred Ebner, TÜA Frankfurt M. (13. 5. 1974).

Darmstadt, 21. 6. 1974

Der Regierungspräsident

I 2 — 7 1 02 07 E

StAnz. 27/1974 S. 1206

H. im Bereich des Hessischen Sozialministers

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zur **Techn. Amtsärztin Techn. Amtmann (BaL)** Gertrud Geilen, GAA Frankfurt M. (20. 5. 1974);

zum **Techn. Inspektoranzwärter (BaW)** Ing. grad. Udo Prinz, GAA Darmstadt (1. 5. 1974);

zum **Techn. Assistenten z. A. (BaP)** techn. Angestellter Dieter Keller, GAA Limburg (15. 5. 1974);

in den Ruhestand versetzt:

Obermedizinalrätin (BaL) Dr. Edith Litschel, Staatl. Medizinal-Untersuchungsamt Darmstadt (31. 5. 1974) gem. § 51 (3) HBG.

Darmstadt, 21. 6. 1974

Der Regierungspräsident

I 2 — 7 1 02 07 E

StAnz. 27/1974 S. 1206

863 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bruderlöcher“, Gemarkung Erfelden, Landkreis Groß-Gerau, vom 24. Juni 1974

Auf Grund der §§ 1 und 4, des § 12 Abs. 2, des § 13 Abs. 2, des § 15 und des § 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 1972 (GVBl. I S. 349), sowie des § 6

Abs. 3 und 4, des § 7 Abs. 1 und 5 und des § 9 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 1972 (GVBl. I S. 349), in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159) wird mit Zustimmung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bruderlöcher“, Gemarkung Erfelden, Landkreis Groß-Gerau, vom 14. Januar 1972 (StAnz. S. 248) wird wie folgt geändert:

1. §§ 3 und 4 werden in § 3 zusammengefaßt; er erhält folgende Fassung:

„§ 3

(1) Es ist grundsätzlich verboten, in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vorzunehmen (§ 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Ferner sind in dem Naturschutzgebiet folgende dem Schutz und der Erhaltung zuwiderlaufende Handlungen (§ 15 Abs. 1 Satz 2 Reichsnaturschutzgesetz) verboten, auch wenn sie nicht zu Veränderungen im Sinne des Abs. 1 führen:

1. Pflanzen, einschließlich Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
2. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu photographieren, zu filmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;
3. Pflanzen oder Tiere einzubringen;
4. das Gelände außerhalb der dafür zugelassenen Wege, Dämme oder Flächen zu betreten, zu befahren, dort zu lagern, zu baden, zu zelten oder Wohnwagen aufzustellen;
5. zu lärmern oder Feuer anzuzünden;
6. Flächen aufzuforsten oder Wiesen und Weiden in eine andere Nutzungsart umzuwandeln;
7. Bodenbestandteile zu entnehmen, Aufschüttungen, Abgrabungen oder Sprengungen vorzunehmen oder Gewässer im Sinne des § 1 Abs. 1 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. November 1971 (GVBl. I S. 258), zu beeinträchtigen;
8. feste oder flüssige Abfälle einzubringen, Autowracks abzustellen, das Gelände sonst zu verunreinigen oder Wasser zu entnehmen;
9. Bauwerke aller Art zu errichten oder zu erweitern, auch solche, die keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedürfen;
10. Grundstückseinfriedigungen, Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen zu errichten;
11. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen, soweit diese nicht dem Schutz des Gebietes dienen;
12. Biozide anzuwenden;
13. Hunde frei laufen zu lassen;
14. in der Zeit vom 1. November bis 31. März Wasserwild zu bejagen;
15. Kraftfahrzeuge zu waschen und zu pflegen.“

2. § 5 wird gestrichen.

3. § 7 wird § 4 und erhält folgende Fassung:

„§ 4

(1) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die land- und forstwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art ohne Umwandlung von Wald (Rodung, Ausstockung) oder Waldneuanlage im Sinne des §§ 8 oder 9 des Hessischen Forstgesetzes in der Fassung vom 13. Mai 1970 (GVBl. I S. 344) sowie Nutzungsumwandlung von Wiesen oder Weiden;
2. die Ausübung der Jagd mit den in § 3 Abs. 2 Nr. 14 genannten Einschränkungen;
3. die der wissenschaftlichen Forschung dienenden Maßnahmen, sofern dadurch das bestehende Ökosystem nicht beeinträchtigt wird.

(2) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben ferner solche Maßnahmen, die der geordneten Regulierung des Bestandes an Rabenkrähen, Elstern, Eichelhähern, Haus- und Feldsperlingen sowie an Haustauben in verwildertem Zustand dienen. Unberührt davon bleiben die Vorschriften des § 4 Abs. 2 bis 4 der Verordnung zur Ausführung des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 10. Juli 1968 (GVBl. I S. 199).“

4. § 8 wird § 5 und erhält folgende Fassung:

„§ 5

(1) In begründeten Einzelfällen kann die oberste Naturschutzbehörde nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt weitere Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 zulassen.

(2) Die Ausnahmegenehmigung kann unter Bedingungen und Auflagen, befristet und unter Vorbehalt des Widerrufs erteilt werden. Gegenstand der Bedingungen und Auflagen können Sicherheitsleistungen sein.

(3) Die Ausnahmegenehmigung ist zu versagen, wenn kein vorrangiges öffentliches Interesse vorliegt oder trotz Bedingungen oder Auflagen eine Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes zu befürchten ist.

(4) Die Ausnahmegenehmigung ersetzt nicht nach anderen Vorschriften erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. ä.“

5. § 6 erhält folgende Fassung:

„§ 6

(1) Die Eigentümer, Besitzer, Erbbau- oder Nutzungsberechtigten der Grundstücke und jeder, dem ein Recht an den Grundstücken zusteht, müssen die notwendigen Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen für das Naturschutzgebiet nach den Anordnungen der höheren Naturschutzbehörde dulden (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben der höheren Naturschutzbehörde die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes).“

6. § 9 wird § 7 und erhält folgende Fassung:

„§ 7

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Buchstabe b des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig in einem Naturschutzgebiet verbotene Veränderungen im Sinne des § 3 Abs. 1 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 3 Buchstabe a des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Abs. 1 Nr. 1);
2. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu ihrem Fang anbringt;
3. Pflanzen oder Tiere einbringt (§ 3 Abs. 2 Nr. 3);
4. das Gelände in der in § 3 Abs. 2 Nr. 4 verbotenen Art benutzt;
5. lärmert oder Feuer anzündet (§ 3 Abs. 2 Nr. 5);
6. Flächen aufforstet oder Wiesen und Weiden in eine andere Nutzungsart umwandelt (§ 3 Abs. 2 Nr. 6);
7. die Bodengestalt oder Gewässer in der in § 3 Abs. 2 Nr. 7 bezeichneten Art beeinflusst;
8. Abfälle einbringt, Autowracks abstellt, das Gelände sonst verunreinigt oder Wasser entnimmt (§ 3 Abs. 2 Nr. 8);
9. Bauwerke errichtet oder erweitert (§ 3 Abs. 2 Nr. 9);
10. Grundstückseinfriedigungen, Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen errichtet (§ 3 Abs. 2 Nr. 10);
11. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufstellt oder anbringt (§ 3 Abs. 2 Nr. 11);
12. Biozide anwendet (§ 3 Abs. 2 Nr. 12);
13. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Abs. 2 Nr. 13);
14. Wasserwild bejagt (§ 3 Abs. 2 Nr. 14);
15. Kraftfahrzeuge wäscht und pflegt (§ 3 Abs. 2 Nr. 15).

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Meldepflicht nach § 6 Abs. 2 nicht nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die untere Naturschutzbehörde (§ 21 Abs. 4 Reichsnaturschutzgesetz).“

7. § 10 wird § 8 und erhält folgende Fassung:

„§ 8

Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bezieht, können einzogezogen werden (§ 22 Reichsnaturschutzgesetz).“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 24. 6. 1974

**Der Regierungspräsident
höhere Naturschutzbehörde**
VII:9 — 46 d 04/01 B 2

gez. Dr. W i e r s c h e r

StAnz. 27/1974 S. 1206

861

Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst AG, Werk Offenbach

Die Firma Farbwerke Hoechst AG — Werk Offenbach —, 605 Offenbach (M.), hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zur Umstellung der Hochtemperaturbeheizung der Polykondensationsanlage im Gebäude 234 und Gebäude 156 auf ihrem Grundstück in Offenbach (Main), Flur 23, Flurstück 307/1, Grundbuch Gemarkung Offenbach, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß des § 10 Abs. 3 Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, 61 Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 2. 10. 1974 bestimmt, und findet in 605 Offenbach, Stadthof 15, im Rathaus um 9.00 Uhr — Saal 4 — statt.

Ich weise darauf hin, daß gemäß § 10 Abs. 4 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, am 8. 7. 1974, und endet am 8. 9. 1974.

Darmstadt, 10. 6. 1974

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — FWO (26)

StAnz. 27/1974 S. 1208

865

Vorhaben der Firma Farbwerke Hoechst — Werk Offenbach

Die Firma Farbwerke Hoechst AG hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zur Erweiterung des Betriebes ZP-Ost, Geb. 470, auf ihrem Grundstück in Offen-

bach, Flur 23, Flurstück 307/1, Grundbuch Gemarkung Offenbach, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß des § 10 Abs. 3 Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, 61 Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 10. 10. 1974 bestimmt, und findet im Stadthaus Offenbach, Saal 4, Zwischengeschloß, statt.

Ich weise darauf hin, daß gemäß § 10 Abs. 4 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, am 8. Juli 1974, und endet am 8. September 1974.

Darmstadt, 11. 6. 1974

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — FWO (9c)

StAnz. 27/1974 S. 1208

866

Vorhaben des Magistrats der Stadt Rüsselsheim

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung zum Neubau einer Heizzentrale mit Müllverbrennungsanlage für das Stadtkrankenhaus Rüsselsheim (M.) auf ihrem Grundstück in Rüsselsheim (M.), Flur 12, Flurstück Nr. 20 2 und 935 3, Grundbuch Gemarkung Rüsselsheim, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß des § 10 Abs. 3 Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 1 der Anordnung zur vorläufigen Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 5. 4. 1974 (GVBl. I S. 206) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, 61 Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 4. 10. 1974 bestimmt, und findet im Besprechungszimmer des Rathauses Rüsselsheim, Marktplatz 4, statt.

Ich weise darauf hin, daß gemäß § 10 Abs. 4 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, am 8. Juli 1974, und endet am 8. September 1974.

Darmstadt, 11. 6. 1974

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — R (4)

StAnz. 27/1974 S. 1208

657

Verordnung zur Änderung von Zuständigkeiten in Verordnungen über Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete im Regierungsbezirk Darmstadt vom 1. Juni 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Art. 1

(1) In der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Felsberg von Reichenbach“ vom 12. Juli 1972 (StAnz. S. 1392) erhält § 9 folgende Fassung:

„§ 9

Von den Verboten der §§ 3 und 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(2) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Schannenbacher Moor“ vom 15. September 1975 (StAnz. S. 1856),
 „Tongrubengelände von Bensheim und Heppenheim“ vom 20. Mai 1977 (StAnz. S. 1407),
 „Hainlache von Bickenbach“ vom 14. September 1978 (StAnz. S. 2057),
 „Rallenteich von Eppertshausen“ vom 7. Oktober 1976 (StAnz. S. 1969),
 „Reinheimer Teich“ vom 19. Dezember 1975 (StAnz. 1976 S. 109),
 „Taubensend“ vom 14. Dezember 1976 (StAnz. S. 2323),
 „Bruderlöcher“ vom 24. Juni 1974 (StAnz. S. 1206),
 „Altkönig“ vom 27. Januar 1978 (StAnz. S. 603),
 „Burghain Falkenstein“ vom 4. Dezember 1974 (StAnz. S. 2321),
 „Rentmauer-Dattenberg“ vom 12. Juli 1974 (StAnz. S. 1398),
 „Schmittröder Wiesen“ vom 10. Mai 1977 (StAnz. S. 1245),
 „Altholzinsel Gretenberg“ vom 10. Oktober 1977 (StAnz. S. 2119),
 „Beilstein“ vom 11. Februar 1977 (StAnz. S. 548),
 „Hässeler Weiher von Neuenhaßlau“ vom 23. November 1976 (StAnz. S. 2197),
 „Hochbruch von Hausen“ vom 9. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 175),
 „Kirschenwiesen von Marjoß“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978, S. 224),
 „Am Rauhensee bei Steinheim“ vom 17. Oktober 1977 (StAnz. S. 2337),
 „Röhrig von Rodenbach“ vom 10. Dezember 1976 (StAnz. S. 2321),
 „Weinberg bei Steinau“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 222),
 „Wiesbüttmoor“ vom 12. September 1978 (StAnz. S. 2019),
 „Rossert-Hainkopf-Dachsbau“ vom 18. Mai 1977, (StAnz. S. 1248),
 „Bruchwiesen von Dorndiel“ vom 8. September 1977 (StAnz. S. 2071),
 „See am Goldberg“ vom 14. September 1977 (StAnz. S. 1980),
 „Bruch von Heegheim“ vom 5. August 1976 (StAnz. S. 1578),
 „Nachtweid von Dauernheim“ vom 1. November 1978 (StAnz. S. 2324),
 „Silzwiesen von Darmstadt-Arheilgen“ vom 22. Februar 1978 (StAnz. S. 605),
 „Enkheimer Ried“ vom 30. Oktober 1973 (StAnz. S. 2056),
 „Finkenloch von Wallernhausen“ vom 14. Oktober 1974 (StAnz. S. 2002),

erhält § 5 folgende Fassung:

„§ 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere

Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(3) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Weschnitzinsel von Lorsch“ vom 10. Dezember 1979 (StAnz. S. 2520),
 „Rallbruch von Wolfskehlen“ vom 9. April 1979 (StAnz. S. 959),
 „Torfkaute, Bannholz von Dornheim-Wolfskehlen“ vom 7. August 1979 (StAnz. S. 1762),
 „Oberes Emsbachtal“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2525),
 „Hailerer Sommerberg“ vom 16. November 1979 (StAnz. S. 2363),
 „Lochborn von Bieber“ vom 9. August 1979 (StAnz. S. 1765),
 „Niederrodenbacher Steinbrüche“ vom 20. November 1979 (StAnz. S. 2361),
 „Waldweiher bei Bad Soden-Salmünster“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2522),
 „Weinberg von Neuengronau“ vom 29. November 1979 (StAnz. S. 2402),
 „Erlenwiesen-Hattenberg bei Marköbel“ vom 8. Juli 1980 (StAnz. S. 1337),
 „Kinzigau bei Langenselbold“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1865),
 „Bruch von Bad König und Eitzengesäß“ vom 28. Juli 1980 (StAnz. S. 1437),
 „Rotes Wasser Olfen“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1868),
 „Im Grenzstock von Gettenau“ vom 23. August 1979 (StAnz. S. 1850),

erhält § 6 folgende Fassung:

„§ 6

Von den Verboten des § 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

Art. 2

Soweit in Verordnungen auf Grund der §§ 16 und 18 des Hessischen Naturschutzgesetzes oder des § 13 Abs. 2, § 15 Abs. 1, § 5 und § 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), und des § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), eine Beteiligung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt vorgesehen ist, werden die entsprechenden Vorschriften aufgehoben.

Art. 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 1. Juni 1989

Regierungspräsidium Darmstadt
 gez. W. Link
 Regierungspräsident

StAnz. 28/1989 S. 1484

658

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 23. Juni 1989

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Erbach im Bereich der Martin-Luther-Straße, Neckarstraße von Jahnstraße bis Neue Lustgartenstraße, Bahnstraße, Am Schloßgraben, Brückenstraße, Werner-von-Siemens-Straße bis Sylvester-Stockh-